

**Bemerkungen zur Antwort des Herrn Paasch auf unsere schriftliche Frage Nr. 154 –
Bezüglich der aktuellen Verschuldung der DG.**

Bezüglich der Zahlen ist folgendes anzumerken:

Um diese Summe zu bewerten muss man sich den Haushalt der DG als Ganzes anschauen.
(Finanzsimulation anbei.)

Die DG verfügte im Jahr 2015 über Einnahmen in Höhe von ca. 266 Millionen Euro (ohne
Anleihen) – im Jahre 2016: 296 Millionen (ohne Anleihen).

Die Einnahmen Erhöhung ist begründet aufgrund der neuen Zuständigkeiten durch die 6.
Staatsreform.

Im Bericht des Rechnungshofes kann mal folgende Zahlen zur DG nachlesen:

Im Jahre 2015 gab es ein Minus von 37 Millionen Euro.

Im Jahre 2016 ein Minus von 40 Millionen Euro geben.

Und in diesem Jahr ein Minus von 32 Millionen Euro.

Das heißt:

Die DG ist zu mehr als 100 Prozent zu ihren Einnahmen verschuldet, und weist in den letzten
Jahren kumuliert ein Fehlbetrag auf von mehr als 109 Millionen Euro.

Nun wie ist dies möglich, und wieso ist dies alles noch konform mit den Normen des Hohen
Finanzrates?

Erstens: Die DG verfügt über hohe Einnahmen:

Die DG wurde immer seitens des Föderalstaates mit enormen finanziellen Ressourcen
ausgestattet wird.

Prozentual erhalten wir pro Kopf die meisten finanziellen Mittel aller Gliedstaaten, der
Kleinheit unseres Gebietes wurde immer Rechnung getragen.

Auch hat die DG bei der letzten Staatsreform puncto Finanzierung Glück gehabt, die Aussage
des damaligen Beamten des Rechnungshofes in einer Ausschusssitzung bestätigte dies.

Auch gab es eine Refinanzierung seitens des Föderalstaates. Was also die Einnahmen angeht,
so verfügt die DG über eine gute Ausgangsposition.

Zweitens: Wir befinden uns in einem historischen Zinstief.

Wie aus der Antwort der Regierung hervorgeht, zahlt die DG kaum Zinsen.

Verschiedene kurzfristige Anleihen werden mit 0 Prozent berechnet, manche sogar mit
Negativzinsen.

Der Großteil der Schulden besteht aus kurzfristigen Anleihen.

Was bei dem derzeitigen Zinstief durchaus Sinn macht, wobei hier Vorsicht geboten ist.

Der Rechnungshof bemerkte hierzu in seinem aktuellen Bericht –
„Die Verschuldung der DG könnte ab 2020 mehr als 320 Millionen Euro erreichen. (...)
In diesem Fall würde eine Erhöhung der Zinssätze um nur 1 % eine Steigerung der Zinslasten
um 3,2 Millionen Euro pro Jahr zur Folge haben.“

Und dies ist noch optimistisch eingeschätzt, es sieht derzeit nicht aus als würden die Zinsen
steigen, wenn sich jedoch dieses historische Zinstief ändern sollte, dann sieht es düster aus.
Was die Ausgaben angeht da wird alles andere als gespart:

Nehmen wir als Vergleichszeitraum die Jahre 2014 bis 2019, also die aktuelle
Legislaturperiode.

In diesem Zeitraum steigt der Haushalt des Parlamentes von 3,9 Millionen auf mehr als 5,5
Millionen Euro.

Eine Steigerung um 1,6 Millionen oder mehr als 40 Prozent in nur 5 Jahren!

Im Ministerium dasselbe von 17 Millionen auf fast 24 Millionen, also auch eine Steigerung
um 40 Prozent.

Und die Regierung die sich als so Bescheiden dahin stellt, gönnt sich in diesem Zeitraum auch
25 Prozent mehr!

Von 3,1 Millionen im Jahre 2014 steigt diese Summe auf fast 3,9 Millionen.

Herr Paasch hat also zurzeit Glück.

Historisch niedrige Zinsen, und eine gute Ausgangsposition bei den Einnahmen.

Aber dieses Glück kann sich schnell wieder wenden.

Da die Regierung nach wie vor äußerst verschwenderisch mit den Mitteln umgeht, (siehe
Ausgaben oben) kann man die Verschuldung der DG als Gefahr ansehen.

Eine weitere Komponente sind die zukünftigen Einnahmen.

Die Einnahmen-Simulation basiert auf einem permanenten Wachstum bis zum Jahre 2035 –

Eine gefährliche Illusion. Wenn sich nur ein negatives Jahr bemerkbar macht, kracht das
Finanzkartenshaus zusammen.

Niemand kann behaupten dass es in den nächsten 18 Jahren zu keiner weiteren Krise
kommen wird, niemand – aber die Regierung baut trotzdem auf einem permanentem
Wachstum ihre Finanzsimulation auf. Nur damit alles schön aussieht.

FAZIT:

Noch mehrere Jahrzehnte wird diese Last zu spüren sein.

Auch wenn auf der Haben Seite die Neubauten stehen, die Schulden werden noch
abzutragen sein, wenn die Kinder der heutigen Schulkinder zur Schule gehen und manche
dieser Kinder ihr Pensionsalter erreicht haben.

Für die Vivant Fraktion im PDG

Michael Balter